

GÜNTER GRASS im ND-Gespräch über das kopflose Tempo bei der Vereinigung der Deutschen

Wir Deutschen sind derzeit sehr mit uns selbst beschäftigt. Die einen sprechen von einem notwendigen schnellen Anschluß der DDR an die Bundesrepublik, andere von bedachtem Zusammenwachsen statt Einverleibung. Zu welchem Urteil neigt Günter Grass?

Die Vereinigung der Deutschen vollzieht sich in kopfloser Eile. Ich wäre in diesem Prozeß zunächst für eine Konföderation gewesen. Das habe ich schon in meinen Artikeln, die ich in den 60er Jahren schrieb, zum Ausdruck gebracht. Ich war von vornherein für den Ausbau des Föderalismus, für eine kommunizierende Mehrzahl, also für die Möglichkeit einer Konföderation als Beginn.

Nach Aufhebung des Status quo und dieses Geschenk, das wir als Deutsche durch Gorbatschows Politik bekommen haben, hätten wir etwas daraus machen können. Leider ist es so gelaufen, daß wir in alten Gleisen geblieben sind. Es ist uns nichts Neues dazu eingefallen außer der D-Mark, und das auch noch mit einem gewissen Pusch in der Handhabung des Projektes. Wirtschaftsleute haben davor gewarnt, eine so unvorbereitete Wirtschaft wie die der DDR von heute auf morgen mit der D-Mark zu konfrontieren. Es war vorauszuweisen, daß auch die Betriebe zusammenbrechen, die man hätte sanieren müssen, vorher, und hätte auch sanieren können.

Sie spielen auf die Kritik von Lafontaine an?

Viele, nicht nur Wirtschaftsleute, haben gewarnt. Auch ich. Selbst Herr Pöhl hat anfangs kritisiert, dann ist er jedoch zu Kreuze gekrochen. Das, was Herr Waigel und Herr Kohl da gemacht haben, ist reiner, verantwortungsloser Dilettantismus. Und dann die Wirtschaftspolitik von Herrn Haussmann. Er ist auf dem Niveau von Herrn Pöhl, der ja bis vor kurzem Wirtschaftsminister der DDR war. Unter der SED-Wirtschaft ist er ein Spezialist zum Kaputtmachen des Kleinhandels gewesen. Und den hat die CDU zum Wirtschaftsminister der DDR gemacht. Auf diesem Niveau wird argumentiert.

Es ist also für die Bevölkerung der DDR der große Schock, daß sie nun erlebt: 40 Jahre lang hat man ihr in marxistisch-leninistischen Schulen gepredigt, wie teuflisch der Kapitalismus ist. Sie hat geantwortet, daß sie reine Propaganda, das könne nicht stimmen. Und nun erlebt sie einen Kapitalismus, nämlich den des 19. Jahrhunderts, der da auf sie zukommt, der dieses propagandistische Zerrbild voll bestätigt. Der Schaden, der damit angerichtet wird, auch in den Köpfen vieler junger Leute, der ist unermesslich. Das hat ja mit sozialer Marktwirtschaft überhaupt nichts zu tun, was zur Zeit dort geschieht. Da will man ein Schnäppchen machen. Darauf hat sich die Einigungspolitik reduziert.

Da ist kein Gedanke drin gewesen, es kommt auch keiner hinzu. Wo es versucht wird, wehrt man ihn ab. „Der Zug ist abgefahren.“ „Den kann niemand mehr aufhalten“ — mit Sätzen dieser Art ist das Parlament außer Kraft gesetzt worden, ist an beiden Parlamenten vorbeigegangen worden. Die Möglichkeit, über den Artikel 146, den unser Grundgesetz ja hat, zu einer neuen Verfassung zu kommen, die vom Volk akzeptiert wird, auch das ist zur Seite geschoben worden. Es muß alles ganz rasch übers Knie gebrochen werden. Artikel 23 — sonst läuft nichts. Das Ergebnis liegt nun vor.

Gab es denn je eine Alternative in dieser verfahrenen Situation?

Ja natürlich! Jederzeit! Wenn wir Parlamentarier hätten, wie wir sie mal hatten — von Thomas Dehler über Wehner oder Adolf Arndt bis zu anderen.

Wenn Frau Süßmuth zum Beispiel, die hier eine Rede gehalten hat, wenn sie den Mut gehabt hätte zu sagen: Wir müssen unser Grundgesetz ernst- und die Auforderung des Artikels 146 wahrnehmen. Ich als Parlamentspräsidentin rufe hiermit auf, eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen. Dann wäre dies hektische Prozeß wohlthuend unterbrochen worden. Dann müßte man anfangen nachzudenken, dann würde auch die DDR wahrgenommen, zum Beispiel der Verfassungsentwurf, den Poppe, den Ullmann und andere vom Runden Tisch ja vorgelegt haben. Es ist eine Schande: Dieser wunderbare Entwurf, über den man streiten kann, ist vom Bundestag überhaupt nicht wahrgenommen worden. Und in der Volkskammer ist er nur eine Stunde diskutiert worden. Das war alles. So geht man mit Alternativvorschlägen zur Zeit in der Bundesrepublik um.

Was meinen Sie: Wird Herr Kohl die Wahlen am 2. Dezember gewinnen?

Sowas kann man vorher nicht sagen. Auf jeden Fall wird jetzt deutlicher, wie er die Wähler betrogen hat, welche Versprechungen er nicht einhielt, welchen Pfusch er angerichtet hat. Denn diese unbarmherzige Wohlthat der Währungsunion zeitigt Folgen — von Woche zu Woche. Man manipuliert jetzt ein wenig die Zahlen. Aber wenn Sie das zusammenzählen: Innerhalb von 2 1/2 Monaten eine Arbeitslosenzahl — die Kurzarbeit hinzugezählt, die ja die wirkliche effektive Arbeitslosenziffer mit dokumentiert — von annähernd 1,5 Millionen in der DDR! Das ist das Ergebnis Kohlscher Politik. Und die Schändlichen sind ja noch größer, weil mittlerweile Betriebe in den Abgrund hineingerissen werden, die man durchaus hätte sanieren können.

Günter Grass, geboren am 16. Oktober 1927 in Danzig (dem heutigen Gdansk), ist einer der bedeutendsten deutschsprachigen Autoren in der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts. Er war Mitglied der „Gruppe 47“, deren Preis er 1958 erhielt. Seit Mitte der fünfziger Jahre trat er als Lyriker, Romancier, Erzähler und Dramatiker hervor. Der auch verfilmte Roman „Die Blechtrommel“ (1959) brachte ihm über die Grenzen Deutschlands hinaus Anerkennung. 1963 folgte der Roman „Hundejahre“. Von neugewonnener Aktualität sein Stück „Die Plebejer proben den Aufstand“ (1966), in der DDR diffamiert, nun endlich vom Aufbau-Verlag herausgebracht. Weitere große Romane erreichten auch in der Folgezeit bei Lesern und Kritik starke Resonanz, darunter „Der Butt“ (1977) und „Die Rättin“ (1986). Der in Westberlin lebende Autor übriges, der nach einer Steinmetz- und Bildhauerlehre ein Kunststudium absolvierte, hat auch einige seiner Bücher selbst illustriert. Seine jüngste Publikation in der „Noch-DDR“ ist eine Sammlung von Reden und Gesprächen, unter dem Titel „Deutscher Lastenausgleich“ ebenfalls bei Aufbau erschienen.

Auf der internationalen Konferenz über die „Anatomie des Hasses“ in Oslo hatte unser Mitarbeiter Jochen Preußler kürzlich Gelegenheit, mit Günter Grass zu sprechen.

„Es ist uns nichts Neues eingefallen...“

nen. Die kriegt nachher niemand mehr auf die Beine. Angeschlagen war die DDR-Wirtschaft durch die SED-Wirtschaft, aber wirklich kaputt gemacht worden ist sie durch Herrn Kohl, Herrn Haussmann und Herrn Waigel.

Wäre es denn anders zu machen gewesen?

Da gab es eine ganze Reihe vernünftiger Vorschläge. Zum Beispiel hat auch die Bundesbank gesagt: Warum sollen wir die Währung der DDR in solch einer Phase der Konföderation nicht stützen, wie wir den Schilling stützen, mit einem festen Wechselkurs. Und schrittweise wären wir auch zu einer Konvertierbarkeit dieser Ostmark gekommen. Dann hätten wir auch die Währungsunion machen können, und in der Vorphase z.B. all das, was jetzt erst angefangen wird, das Energie-Netz zu übernehmen, die Eisenbahn, das Postwesen. Das sind ja alles Dinge, die mit Marktwirtschaft nichts zu tun haben, alles Vorleistungen, die man hätte erbringen müssen, vor der Währungsunion. Nichts dergleichen ist geschehen. Bis heute nicht.

Die Zahl der Übersiedler wäre dann wohl angeschwollen, oder?

Aber was wird denn jetzt erreicht? Die Ausreisen beginnen doch jetzt schon wieder. Und Fachkräfte, die noch da sind in der DDR, werden von westlichen Firmen abgeworben. Wenn jemand in der DDR arbeitslos wird, geht er doch lieber in den Westen rüber mit der D-Mark, die er gerade bekommen hat, als in der DDR ohne Hoffnung auf einen Job zu warten.

Welche Chancen geben Sie den Linken, den Bürgerbewegungen und den Grünen bei den kommenden Wahlen? Und was halten Sie von der 5-Prozent-Sperrklausel?

Also, ich hoffe, daß die Wähler in der Bundesrepublik und in der DDR nach den Erfahrungen der

letzten Monate endlich erkennen, daß sie zusammengehen müssen. Sie sind ja nun durch die 5-Prozent-Sperrklausel, durch dieses an und für sich undemokratische Verhalten, dazu gezwungen worden. Und das ist auch in der Konsequenz vernünftig. Ich nehme an, daß Bündnis 90 und Grüne insgesamt über 5 Prozent kommen werden und eine Rolle spielen in dem neuen Parlament.

Wäre es mit Lafontaine am Ruder besser?

Ja, ich unterstütze seine Politik, vermisse allerdings, daß er neben seiner berechtigten Wirtschafts- und Sozialpolitik, seiner Kritik an dem Kohlschen Kurs, ein Gegenkonzept besitzt für die politische Gestaltung Deutschlands. Ich finde, da könnte er — wie eine der letzten Bundestagsdebatten zeigte — von der Antje Vollmer eine ganze Menge lernen. Die Rede von der Antje Vollmer, so kurz sie war, hatte mehr an politischer Substanz — und ließ ein Deutschland erkennen, mit dem auch ich mich mehr zufriedengeben könnte — als das, was Lafontaine gesagt hat.

Von Kohl wollen wir gar nicht reden. Den alten Schuh kann ich mir nicht anziehen. Aber bei der Antje Vollmer kam etwas zum tragen, indem sie noch einmal die 68er Generation aufgerufen hat, in die Pflicht genommen hat, auch ihre eigene Partei in die Pflicht genommen hat, hier politisch gestaltend tätig zu werden. Das ließ etwas von dem erahnen, was Deutschland sein könnte, wenn man bereit wäre, aus der eigenen Geschichte zu lernen.

Hat sie nicht auch von der „Weltmacht Deutschland“ gesprochen?

Das hat sie sehr ironisch gesagt und hat hinzugefügt: Und wenn wir es sind, dann müssen wir uns auch dieser Verantwortung bewußt sein. Ob wir wollen

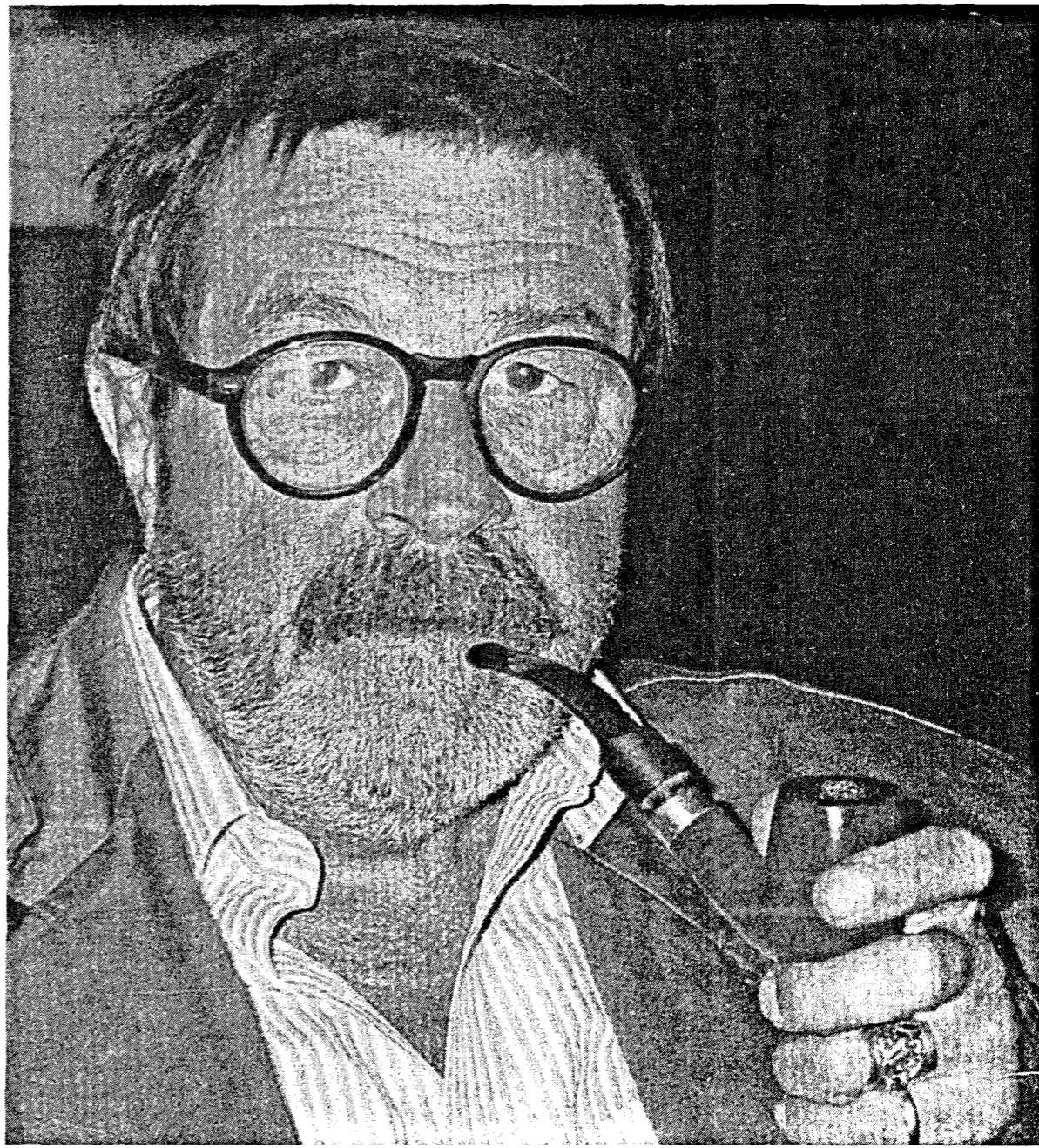


Foto. Ann-Magrit Austena (aus „Dagbladet“)

oder nicht, mit 80 Millionen Deutschen mitten in Europa kommen wir in eine Rolle hinein, die wir uns gar nicht gewünscht haben und wünschen können. Aber wir sind drin. Und entsprechende Verantwortung und Erwartungen kommen auf uns zu.

Versuchen wir eine europäische Sicht: Wie wird die kontinentale Landkarte politisch, wirtschaftlich, kulturell aussehen?

Ach wissen Sie, wir sollten einmal von unserem deutschen Nabel ein wenig wegschauen. Europa verändert sich so oder so. Ich finde, das wird für die Franzosen sehr schwer zu begreifen, zu akzeptieren sein, daß sich die Mitte Europas von Paris nach Prag verlagert. Ich finde zum Beispiel, daß eine Stadt wie Dresden von der sächsischen Geschichte her immer weit mehr Prag und Wien zugewendet gewesen ist als Preußen, das heißt Berlin gegenüber. Davor konnte man nur Angst haben. Und ich würde auch Dresden weiterhin raten, sich mehr in Richtung Prag als in Richtung Berlin zu orientieren. Das verstehe ich unter europäischer Politik: Die Stärkung der Regionen, weg von dieser europäischen Kinder- und Alterskrankheit des Nationalismus, der all diesen Entwicklungen im Wege steht.

Wie ernst müssen wir Befürchtungen nehmen, die sich für unsere Nachbarn mit der deutschen Fusion verbinden?

Ich versuche mir auch immer einzureden, daß die Befürchtungen grundlos sind. Daß wir so demokratisch sind, daß Befürchtungen grundlos sind. Und dann passieren solche Sachen, daß sich Außenminister Genscher und Außenminister Schwarzenadse in einem ihrer vielen Gespräche ausgerechnet in der ehemals polnischen, jetzt ukrainischen Stadt Brest treffen, wo 1939 eine Siegesparade der Wehrmacht und der Roten Armee stattfand, über das

besiegte Polen. Eine Instinktlosigkeit, die selbst einem so schlauen Mann wie Genscher passiert. Hätte er nicht sagen müssen: Nein Freund, laß uns einen anderen Ort aussuchen, das verletzt die Polen.

Mittlerweile gehen wir ja alle zur Tagesordnung über, aber die Polen sind durch dieses Treffen in Brest verletzt worden. Das geht auch auf unsere Karte. Oder wenn wir seit fünf Jahren wissen, und jetzt erst wird der Staatsanwalt tätig, daß ausschließlich westdeutsche Firmen nicht nur Libyen, sondern auch Irak mit Giftgasfabriken und dem ganzen Know-how ausgestattet haben. Und das, obgleich man wissen kann, was das für eine Bedrohung Israel gegenüber bedeutet. Dann gibt es Gründe, die Deutschen zu fürchten, nach wie vor zu fürchten.

Noch mal zum deutsch-polnischen Verhältnis...

Also ich habe mir, gerade in den letzten Monaten, zunehmend Mühe gegeben, den ganzen Veränderungsprozeß auch aus polnischer Sicht zu sehen und zu begreifen. Und ich kann die Sorgen der Polen verstehen, die jetzt erleben, wie die Wohlstandsgrenze von der Elbe an die Oder vorrückt, wie Polen, das sich zur Zeit in einem politisch und wirtschaftlich instabilen Zustand befindet — und ich fürchte, das wird längere Zeit so sein — demnächst dieser harten Währung gegenüber ausgesetzt wird. Zwar ist politisch jetzt die Oder-Neiße-Grenze anerkannt, aber die Expansionskraft der D-Mark ist auch eine Gefährdung, auf die man in Polen wird reagieren müssen. Ich hoffe, daß in Polen eine Art Druck erzeugt wird, demzufolge man zu stärkeren politischen Stabilitäten kommt.

Glauben Sie, daß Polen dazu imstande ist?

Das wird sich herausstellen. Ich meine, die Polen haben in Jahr-

zehnten, Jahrhunderten bewiesen, daß sie sehr stark sind in der Opposition, daß sie in der Lage sind, Polen als Staat, als Idee aufrechtzuerhalten, selbst wenn es dem Staat gar nicht mehr gab. Aber bis jetzt fehlt der Beweis, daß die Opposition, wenn sie mal an der Regierung ist, auch in der Lage ist, konstruktive Politik zu betreiben. Das, was Walesa zum Beispiel zur Zeit betreibt, die Spaltung von Solidarnosc, die antiintellektuelle Kampagne, die er reitet, ist eher kontraproduktiv und schadet Polen.

Werden Sie einmal ein Buch über diese bewegte Zeit schreiben?

Das weiß ich noch nicht. Ich führe zur Zeit Tagebuch. Ich mach' so etwas ganz selten, eigentlich nur in Zeiten, wo sehr viel geschieht. Sicher wird sich daraus irgend etwas entwickeln. Ich höre zu, schreibe auf, zeichne sehr viel, aber an einem Roman zu arbeiten in diesen bewegten Zeiten fiele mir sehr schwer.

Warum engagieren Sie sich eigentlich so stark in öffentlichen Diskussionen und Debatten, da doch eigentlich die Feder Ihr Instrument ist?

Ich mache ja beides. Ich schreibe, und gelegentlich, bei der Flut der Einladungen, die auf einen zukommt, nehme ich eine Einladung an, wie die jetzt von Elie Wiesel (zur Osloer Konferenz über die Anatomie des Hasses in der Welt — j.p.) weil ich ihn in seiner Arbeit sehr schätze. Ich engagiere mich, obwohl ich selbst manchmal den Kopf über mich schüttele, aber ich mache es.

Wie sehen Sie eigentlich die zukünftige kulturelle Sphäre in Deutschland? Kann die DDR in dieser Hinsicht etwas einbringen in das eine Deutschland?

Es fällt ja auf und stinkt gerade zu, daß im Staatsvertrag und im Einigungsvertrag von Kultur kaum die Rede ist. Das

gibt in gewissem Sinne ein Signal, wie es in Zukunft weitergehen soll. Es ist eine rein vulgarmaterialistische Einstellung, die den Einigungsprozeß prägt: Der Glaube, an die hehre Währung, an die D-Mark, an das, was man unter Marktwirtschaft versteht, immer mit dem Zusatz sozial, obgleich sie auftritt wie Manchesterkapitalismus. Ich fürchte, daß da vieles auf der Strecke bleiben wird.

Hinzu kommt auch noch — das ist immer sehr schwer von außen zu sehen und zu beurteilen, aber aufgefallen ist mir doch — daß in der DDR, z. B. was das Verlagswesen anbelangt, auch von den Verlagsleitungen her wenig Kooperation zu erwarten ist. Sie haben da gegeneinander gearbeitet, haben sich den westlichen Anbietern an den Hals geschmissen, ob das Bertelsmann war oder wer sonst noch. Es war keine Verlegerfigur darunter, die in der Lage gewesen wäre, die Substanz dessen, was in den DDR-Verlagen doch erarbeitet worden ist, zu bündeln, daraus etwas zu machen und auf den Markt damit bestehen zu können. Auch daß der Buchhandel gegenüber den eigenen Verlagen so unsolidarisch gehandelt hat, liegt ja auf der Ebene, daß die DDR-Bürger irrationaler Weise keine DDR-Produkte mehr kaufen und dadurch ihre eigenen Arbeitsplätze gefährden und kaputtmachen. Und wenn sie Bücher kaufen, nehmen sie Westprodukte und sei es der Ramsch von sonstwo, der dort in den Buchhandlungen liegt. Das wird der eigenen Produktion vorgezogen. Und das trägt natürlich dazu bei, daß die ohnehin gefährdete kulturelle Substanz in der DDR zusätzlich gefährdet wird.

Können Sie bestätigen, daß die Fettschlierung der Arbeiterklasse in der DDR zu einer gewissen Intellektuellenfeindlichkeit geführt hat, mit wiederum dem Ergebnis, daß viele linke Künstler alleine dastehen?

Ja wissen Sie, bei uns in der Bundesrepublik hat man die Arbeiterklasse nicht fettschliert und trotzdem gibt es eine Intellektuellenfeindlichkeit. Das Erstaunliche und Gefährliche zugleich ist, daß wir früher zwar oft erlebt haben, daß bei irgendwelchen Anlässen Erhard seine Finischer Rede hielt oder der Außenminister Brentano die „Gruppe 47“ mit der Reichsschrifttumkammer verglich. Doch das kam von beschränkter Politikern. Aber was wir zur Zeit erleben, ist ein Antiintellektualismus aus dem Feuilleton, aus dem Intellektuellenbereich heraus. Es sind die Herren Schirrmacher und Greiner, die zur Hetzjagd gegen Christa Wolf aufgerufen haben. Und Herr Ranicki war der erste, der das Signal gegeben hat. Es ist also nicht der Politiker, der den Antiintellektualismus inszeniert, sondern der Intellektuelle zum erstenmal selbst. Das halte ich für eine gefährliche Tendenz.

Warum diese Angriffe auf Christa Wolf?

Wenn jemand die Bücher von Christa Wolf verfolgt hat, und zwar vom „Nachdenken über Christa T.“ bis zu ihrer letzten Arbeit, dann ist sie die Autorin. Die sich immer wieder kritisch, nahezu selbstquälerisch befragt hat. Und gerade Leute aus dem Feuilleton müßten das ja wissen. Und wenn sie dennoch zur Jagd blasen, dann, ja ich weiß nicht... Es ist schließlich eine Generation von gut ausgebildeten Leuten, die ihr Studium haben abschließen können, die alle wohlformulieren können, die nie die Chance gehabt haben, schuldig zu werden, so ungebrochen verlief ihre Karriere. Die schwingen sich jetzt zu moralischen Richtern auf. Das gibt der ganzen Sache etwas ungeheuer Pharisäerhaftes und Widerliches im Grunde. Und deshalb habe ich, was mich betrifft, mit anderen auch die Gelegenheit wahrgenommen, Christa Wolfs Position zu vertreten und sie gegen Angriffe dieser Art in Schutz zu nehmen.

Peter Abraham: Wenn ich einen Brief an Honecker schriebe...

Ich hätte schon damals wissen müssen, daß es sinnlos war. Aber ich schrieb den Brief, den Brief an Honecker.

Damals beschwor ich ihn, das Verbot der Zeitschrift „Sputnik“ zu überdenken. Wie viele tausend andere erhielt ich weder eine persönliche Antwort noch wurden unsere Proteste in der Presse irgendwie erwähnt.

In diesen Tagen, da in Bonn und in Berlin beschlossen wurde, die Existenz der DDR am 3. Oktober 1990 zu beenden, spüre ich den Drang, wieder einen Brief an ihn zu schreiben. Aber wahrscheinlich würde er auch diesmal nicht antworten. Und doch glaube ich, daß ich auch heute mit meinen Fragen kein Einzelgänger bin, sondern daß sich viele, ob sie nun in der Partei waren oder nicht, ganz ähnliche Gedanken machen. Die vierzig Jahre waren ja kein Regen, nach dem man sich abtrocknet und alles vergißt.

Wenn ich einen zweiten Brief schriebe, dann würde ich fragen: „Bewegt Sie, neben Ihrer eigenen Befindlichkeit, noch das Schicksal der vielen Menschen, die in der DDR leben? Wissen Sie eigentlich, daß viele Leute mit Lebensumständen konfrontiert werden, die sie beim besten Willen nicht bewältigen können? Da ist der soziale Abbau, da ist die Angst vor dem morgigen Tag.

Und natürlich sind da auch die Kränkungen, der Hohn, die Erniedrigung, die Bürger ertragen müssen, die sich kaum einer Schuld bewußt sind. Auch der Zweifel an sich selbst und den angeblich immer wahren Lehren muß kompensiert werden! Welchen Zweifel haben Sie, Herr Honecker?

Ist es wahr, was man über Sie liest und hört? Sie haben keine Anweisungen gegeben? Sie sind nicht schuld an diesem und jenem? Sie haben von vielen Dingen nichts gewußt? Sie bereiten sich mit Ihren Rechtsanwälen, abgeschirmt vor der Realität in diesem Lande, auf Ihren Prozeß vor, liest man in der Zeitung. Man hört auch, Sie seien verhandlungsunfähig, haftunfähig usw.

Andererseits wird bekannt, daß Sie Memoiren schreiben. Viel Geld soll dabei auch im Spiel sein? Es scheint so, als hätten Sie sich schneller an die Marktwirtschaft gewöhnt als manch anderer. Oder möchten Sie den Erlös Ihrer jetzigen schriftstellerischen Tätigkeit den Opfern Ihrer Politik zur Verfügung stellen?

Warum soll er nicht Memoiren schreiben, sage ich mir andererseits. Ein anderer, den man im Lande als den Kronsohn bezeichnet, hat sich ebenfalls zu Wort gemeldet. Nicht etwa, um seine eigene Schuld einzugestehen. Von

ihm hatte es niemand anders erwartet. Aber Honecker? Das ist doch ein Mensch mit einer Vergangenheit! Er saß viele Jahre im Zuchthaus Brandenburg. Vielleicht hat er sogar den dumpfen Aufschlag des Fallbeils gehört, hat sich gefragt, wanz bin ich dran. Mir fallen Namen von Hingerichteten ein: Bernhard Bästel, Theodor Neubauer, Karl Lüdke und andere. Einige davon mußte Honecker gekannt haben. Georg Groscurth schrieb in einem Brief, kurz vor der Hinrichtung in der Todeszelle in Brandenburg: „Ich habe die Menschen sehr geliebt und hätte sicher noch viel Gutes getan. Es hat nicht sein sollen.“

Vielleicht wollte auch Honecker „viel Gutes tun“. Das Ansehen, das ihm Staatsmänner verschiedener Länder und auch ein Teil der DDR-Bevölkerung entgegenbrachte, wurzelte nicht zuletzt in seiner antifaschistischen Haltung. Ich ahnte allerdings bald, daß Verdienste in der Vergangenheit keine Garantien dafür sind, an der Spitze des Staates und der führenden Partei seiner Aufgabe gerecht zu werden. Dennoch würde ich in dem Brief fragen: „Herr Honecker, glauben Sie den Menschen in der DDR durch die Mauer, durch die Unterdrückung oppositioneller Meinungen, durch das Bespitzeln Gutes zu tun oder war das ein tragischer Irrtum von Ihnen? Wenn es ein Irrtum war, wie konnte es dazu

kommen? Sie waren doch nicht allein. Ein riesiges Kollektiv stand Ihnen zur Verfügung: ein Staatsapparat, wissenschaftliche Institute und eine Partei. — Eine Partei, die aus zwei Millionen Mitgliedern bestand. Und nicht alle dieser zwei Millionen haben geschwiegen. In vielen Versammlungen wurden harte Wahrheiten gesagt. Wissenschaftler und Künstler meldeten sich, häufig mit dem Mut der Verzweiflung, zu Wort. Außerdem, Herr Honecker, verfügten Sie über einen Sicherheitsdienst, der so überdimensional war, wie in keinem anderen Staat. Und da sollten Sie nichts gewußt haben?

Mir fallen auch Filme, Theaterstücke, Bücher und Bilder ein, die sogar durch eine Zensur gegangen waren, aus denen Sie sich ebenfalls ein annähernd realistisches Bild vom Land und von den Leuten hätten machen können. Haben Sie diese Werke nicht zur Kenntnis genommen oder hielten Sie die Schöpfer alle für Dummköpfe oder gar Feinde?

Worauf gründete sich Ihr Hochmut? Weder die Praxis noch die Theoretiker des Marxismus rechtfertigten Ignoranz.“

Wenn Honecker nichts veranlaßt und nichts gewußt hatte, wer dann? Unwillkürlich fällt mir Kaiser Wilhelm II. ein. Der war nach dem verlorenen ersten Weltkrieg unter Hinterlassung seiner

Truppen, seines Volkes und vielen Schulden nach Holland emigriert. Schuldbekenntnisse seinerseits sind mir nicht bekannt.

Dieser Brauch bei gescheiterten Staatsmännern, die Schuld von sich zu weisen, ist bekannt. Über die Folgen sollte man jedoch ernsthaft nachdenken. Es ist doch klar, daß am Zusammenbruch dieses großen Experiments Sozialismus auf deutschem Boden nicht, allein der erste Mann des Staates die Schuld trägt. Es gab auch genug objektive Faktoren. Zum Beispiel die internationale Situation. Die Schwäche der sozialistischen Staaten. Tatenlos waren ja auch die Gegner des Sozialismus nicht. Und leider haben auch die meisten von uns versagt.

Ich habe niemals Macht gehabt. Kaum, daß man meine Meinung hören wollte. Und dennoch gibt es bei mir Schweigen in falschen Augenblicken, Zustimmungen zu peinlichen Ereignissen, Irrtümern und vor allem, Zurückweichen vor bitteren Konsequenzen. Warum habe ich nicht viel lauter meinen Protest herausgeschrien, warum habe ich Preise und Ehrungen angenommen und tat oft so, als sei bei uns alles ganz normal. Da gab es viele Gründe. Die Feigheit zum Beispiel, die Unkenntnis mancher Zusammenhänge, eine falsche Disziplin. Manchmal dachte ich

auch, wenn solche Antifaschisten wie Honecker an der Spitze stehen, kann doch nicht alles falsch sein!

Wie viele von denen, die ein wenig mehr Macht hatten, weigern sich heute, ihr Versagen einzugestehen. Irgendwann hat ja auch jeder mal etwas getan, um „Schlimmeres zu verhüten.“ Warum sollte man sich schuldig bekennen, wenn sogar der erste Mann seine Unschuld beteuert.

„Ihr Verhalten, Herr Honecker“, würde ich schreiben, „erschwert eine Auseinandersetzung mit unserer Vergangenheit! Gewiß wird man Ihnen manches Unwahre nachsagen. Das passiert allen gefallenen Herrschern. Aber darauf kommt es doch primär nicht an. Glauben Sie mir, nicht nur mir allein wäre wohler, wenn Sie laut und deutlich sagen würden: „Ich nehme die volle Verantwortung vor den Menschen, vor der Geschichte auf mich!“

Nun ja, jeder von uns muß seine eigenen Entscheidungen treffen. Doch sicher ist, daß die Chronisten kommender Zeiten registrieren werden, wer jämmerlich danvonließ und wer würdevoll abging.

31. 8. 90

* An die Lebenden. Letzter Brief deutscher Widerstandskämpfer. Reclam Verlag Leipzig, 1959.